

Haven beiderseits der East 138th Street nahezu aufgelöst. Um die Jahrhundertwende lebten irische und italienische Einwanderer in Mott Haven. Mit dem Wirtschaftsboom nach dem Zweiten Weltkrieg zogen diese Bewohner in die reichen Vorstädte, während die Schwarzen und Hispanics in Mott Haven einzogen.

Über das Ende amerikanischer Politik

Heute ist Mott Haven eine Neighborhood des schwarzen und – eingeschränkt und mit anderen Verläufen – des hispanischen Elends. Von den Bewohnern leben 38 Prozent von unzureichenden Wohlfahrtszahlungen. In der ansonsten schon als „arm“ eingeschätzten Bronx sind es nur 19, in ganz New York sogar nur 13 Prozent Wohlfahrtsempfänger. Obdachlosigkeit und Asylunterkünfte, Drogenbanden und tägliche Schießereien auf den Straßen, abgebrannte Straßenzüge, Arbeitslosigkeit für die Hälfte der arbeitsfähigen Bewohner – die überforderten Menschen leben nur noch in hoffnungsloser Beziehungslosigkeit. Das durchschnittliche Familieneinkommen beträgt 7600 Dollar, was mit dem weiter oben genannten Durchschnittseinkommen der „armen“ Weißen in Louisiana nicht mehr vergleichbar ist. Im Jahr 1991 wurden in Mott Haven, das beim Zensus von 1990 genau 48 086 Bewohner hatte, knapp 100 Menschen ermordet (New York Times, 18. Dezember 1991, B 3). Die Säuglings- und Kindersterblichkeit ist extrem hoch. Die Schwangerschaften von Kindern nehmen zu. Zwei Drittel aller Familien werden von alleinstehenden Müttern geleitet, die sich schon als Einzelpersonen nicht selbst helfen können.

Die vorgetragenen Details vermitteln den Eindruck, als entstammten sie dem Schreckensarsenal eines imaginären Folterstaates. Aber nein, Mott Haven liegt fast im Herzen von New York, das wegen seiner kulturellen Ausstrahlung mit guten Gründen auf eine Stufe mit Rom und Jerusalem gestellt wird. Von Mott Haven sind es nur wenige Meilen bis zu der berühmten Kreuzung von Fifth Avenue / 42nd Street. Und: Mott Haven, das Wohngebiet der armen schwarzen Menschen, liegt überall in den USA.

Die Versuche, den Menschen in Mott Haven zu helfen,

bleiben schwach. Den Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und städtischen Einrichtungen fehlen die Mittel und die Sachkompetenz, entscheidende soziale Veränderungen einzuleiten. Auch dem Bundesstaat New York fehlen die Mittel, das überall und nicht nur in Mott Haven etablierte Elend zu bekämpfen. Dazu kommt das Problem, daß der notwendige sozialpolitische Wille nicht vorhanden ist. Das Denken der Politiker bleibt zu leicht den traditionellen Motiven der Rassendiskriminierung verhaftet. In der Bevölkerung ist keine Mehrheit zu finden, die die Rassen- und Armutsdiskriminierung beseitigen will. *Jesse Jackson* hat gefordert, daß die USA ebensoviel Geld in die amerikanischen Ghettos leiten, wie sie für die Rettung der ehemaligen Sowjetunion ausgeben. Würde die Regierung diesen Vorschlag aufgreifen, dann würden die USA in einem chaotischen Defizit versinken.

Wer will schon in einem Wahljahr in seinem Zuständigkeitsbereich für einen schnellen – das heißt: teuren – Abbau der Armut eintreten, wenn er damit ganz bestimmt seine Wiederwahl im November aufs Spiel setzt? Das gilt für Abgeordnete und Amtsträger in den Kommunen, für die Parlamentarier in den fünfzig Staaten, für die Abgeordneten und Senatoren im Kongress – und für den Präsidenten selbst. Die Beseitigung der Armut – auch der Armut in Mott Haven – kostet Geld und bedeutet Steuererhöhungen. Zugleich wissen alle, daß kein Politiker gewählt wird, der die Steuern erhöhen will. Wie kann man eine Nation von 250 Millionen – oder den Teil in ihr, der höhere Steuern zahlen könnte – so umerziehen, daß die Mittel für den Abbau der Armut und Rassendiskriminierung zusammenkommen?

Es steht zu befürchten, daß auch die Rassenunruhen von South Central Los Angeles lediglich zu einer Phase des wohlfeilen Verbalismus führen, nach der alle wieder zum „business as usual“ zurückkehren. Die amerikanischen Politiker stehen im Begriff, an die Grenzen von Politik zu stoßen. Die verbliebene Supermacht birgt in sich einen immer größer werdenden Anteil von Dritter Welt. Amerikas Partner haben die daraus folgende Gefährdung des internationalen Systems zu erkennen. *Hermann Vogt*

Zwischen Ernüchterung und Hoffnung

Der Libanon im zweiten Jahr des Neuanfangs

Der libanesischer Bürgerkrieg ist zwar vorläufig beendet, die Zukunft des Landes deswegen aber noch keineswegs gesichert. Im Kräftespiel des Nahen Ostens verfügt die syrische Besatzungsmacht gegenwärtig über ausgezeichnete Karten. Wie kann da der Libanon die politische Unabhängigkeit bekommen, die seine Bewohner sich erhoffen? Andreas Rieck, Mitarbeiter des Hamburger Orient-Instituts, analysiert die Lage im Libanon vor möglichen Parlamentswahlen in diesem Sommer.

Einer der wenigen Lichtblicke in der von chronischem Unfrieden heimgesuchten Nahostregion schien im letzten Jahr die *Beendigung des über fünfzehn Jahre langen Bürgerkriegs* im Libanon zu sein, einem Land, dessen Name längst weltweit zum Inbegriff für Gewalt und Anarchie geworden war. Tatsächlich ist es 1991 gelungen, die schon sprichwörtliche *Libanisierung*, d. h. den Zerfall der staatlichen Ordnung durch ethnische und konfessionelle Aufsplitterung des Staatsvolkes, in ihrem „Ursprungsland“

aufzuhalten und umzukehren. Eine wiedererstarrende Zentralgewalt konnte erstmals die Entwaffnung der meisten *Milizen* durchsetzen, die seit 1975 das Land in Zonen aufgeteilt und mit ihren Kämpfen gegeneinander immer weiter verwüstet hatten. Der Konflikt um die Neuordnung des politischen Systems ist auf der Grundlage des *Abkommens von Taif* vom Oktober 1989 vorläufig beigelegt worden. Dieser den Libanesen von außen diktierte Kompromiß beseitigte zwar die frühere politische Vormacht der Christen im Staatsapparat, konservierte aber auch viele Elemente des traditionellen Proporzsystems, so daß das inzwischen klare demographische Übergewicht der Muslime (wahrscheinlich mindestens 60 Prozent der heute im Land verbliebenen 3–3,5 Millionen Libanesen) einstweilen noch nicht voll zum Tragen kommt.

Der Preis war die Festigung des syrischen Zugriffs

Mit dem Ende der Milizenherrschaft und dem Verschwinden der Bürgerkriegsfronten, die bis Oktober 1990 auch noch quer durch die Hauptstadt Beirut liefen, sind indessen längst nicht alle Übel beseitigt, die das Land bedrücken. Die massiven Zerstörungen, 145 000 Toten und 650 000 Flüchtlinge und Vertriebenen (nur die im Land verbliebenen Familien!) des Bürgerkriegs waren nämlich keinesfalls allein das Werk libanesischer Kriegsparteien, sondern gingen überwiegend auf das Konto der Nachbarstaaten Syrien und Israel sowie der PLO. Nur die PLO, deren Machtbasis im Libanon ein Hauptgrund für den Ausbruch des Bürgerkriegs 1975 gewesen war, ist heute weitgehend neutralisiert, wenn auch noch nicht ganz entwaffnet. *Israel*, das den Libanon wegen der Präsenz der PLO mit zwei Invasionen und ungezählten „Vergeltungsschlägen“ heimgesucht hat, hält nach wie vor zusammen mit einer von ihm abhängigen Miliz ein Achtel der Landesfläche besetzt und führt dort einen Kleinkrieg mit wechselnder Intensität gegen libanesisch- und palästinensische Partisanen, bei dem die Zivilbevölkerung meist mitbetroffen wird. Vor allem aber ist *Syrien* mit seiner hartnäckigen Politik der Ausspielung libanesischer Rivalen gegeneinander und des „dosierten Terrors“ – von Flächenbombardements über Mordanschläge gegen Zivilisten und unliebsame Politiker bis hin zu gelegentlichen wohlkalkulierten militärischen Offensiven – seit Ende 1990 seinem Ziel der Unterwerfung des Libanon ein gutes Stück näher gekommen.

Die *Festigung des syrischen Zugriffs* war der Preis für die seitdem erzielte Befriedung des Landes (ausgenommen des südlichen Grenzgebiets), und sie ist der Hauptgrund für die vielen enttäuschten Hoffnungen, die sich mit dem Neuanfang in den ersten beiden „Friedensjahren“ verbinden. Allgemein war ein schneller wirtschaftlicher Wiederaufschwung durch Rückfluß des auf mindestens 30 Milliarden US-Dollar geschätzten privaten Kapitals von mehreren Millionen libanesischen *Emigranten* geschätzt worden, die sich zum Teil schon seit mehreren Generationen, zum Teil erst seit dem Bürgerkrieg in Nord- und

Südamerika, Westafrika und Australien Existenzen aufgebaut haben, oft sehr erfolgreich. Stattdessen befindet sich das Land im Frühjahr 1992 an einem neuen Tiefpunkt der Geldentwertung und wirtschaftlich-sozialen Krise; weder privates Kapital noch ausländische Finanzhilfen sind bisher in nennenswertem Umfang eingetroffen. Die wirtschaftliche Misere, die auch selbst den Anfang einer Rückkehr der Flüchtlinge in ihre vielfach zerstörten Heimorte bzw. Stadtviertel verhinderte, ist ihrerseits vor allem eine Folge der *Inkompetenz der derzeitigen Regierung* und des *fehlenden Vertrauens* in sie wie in die politische Zukunft des Libanon allgemein. Und die Regierung dient, abgesehen von schamloser Selbstbereicherung ihrer Mitglieder, primär als ausführendes Organ Syriens, dessen letzte Sorge die wirtschaftliche Erholung des Libanon ist – dient doch jede Schwächung der libanesischen eigenständigen Überlebenskraft dem strategischen Ziel seiner schleichenden Einverleibung.

Diese Diagnose mag überspitzt wirken, wird aber inzwischen selbst von den Leitartiklern einer so seriösen libanesischen Zeitung wie *L'Orient Le Jour* gestellt, wenn auch aus Furcht vor Repressalien etwas vorsichtiger formuliert. Seit ihrer erfolgreichen Blitzoffensive gegen ihren letzten großen Widersacher, den General *Michel Aoun*, im Windschatten der Kuwait-Krise (13. Oktober 1990) hat Syriens Regime ungeniert alle weiteren Vorteile genutzt, die ihm internationales Desinteresse, die akute Schwäche seiner Gegner und die vagen Formulierungen des Taif-Abkommens von 1989 boten. Es erzwang Ende 1990 die Bildung einer sogenannten „Regierung der nationalen Einheit“ mit 30 Ministern, in der Politiker von Format und unabhängiger Statur in hoffnungsloser Unterzahl gegenüber syrischen Protegés und Befehlsempfängern blieben, und setzte im Juni 1991 die Ernennung von 40 neuen Abgeordneten durch ebendieses Kabinett durch (zur Ergänzung des 1972 gewählten Parlaments, dessen namhafteste Mitglieder längst verstorben sind – einige wurden ermordet – oder im Exil leben).

Wie frei sind Wahlen unter syrischer Aufsicht?

Noch vorher, im Mai 1991, wurde im Schnellverfahren ein „Bruderschaftsabkommen über Koordination und privilegierte Beziehungen“ zwischen beiden Staaten ausgearbeitet, unterschrieben und ratifiziert, demzufolge der Libanon praktisch alle Bereiche seiner Politik mit dem großen Bruder „abzustimmen“ hat. Die libanesisch- syrische Armee wurde von den Anhängern Aouns weitgehend gesäubert, während syrische Truppen und „Sicherheitsdienste“ so massiv wie nie zuvor in Beirut präsent sind, besonders rund um das Verteidigungsministerium, den Flughafen und die auch eineinhalb Jahre nach dem Sturz Aouns beibehaltenen „provisorischen“ Sitze der libanesischen Regierung und des Staatspräsidenten. Letztere wurden Ende 1989 direkt gegenüber dem Hauptquartier der syrischen Geheimdienste in Beirut eingerichtet. Im September dieses Jahres sollen allerdings die syrischen

Truppen gemäß dem Taif-Abkommen aus Beirut und den am dichtesten besiedelten Landesteilen bis zu den Paßhöhen des Libanongebirges zurückgezogen werden, vorausgesetzt daß die libanesische Armee und Gendarmerie bis dahin in der Lage sind, die Sicherheit in dem evakuierten Gebiet zu gewährleisten. Ein Mittel, um dies zu verhindern, war bisher die Entsendung von 15 000 Mann, gut der Hälfte der Armee, in die südlichen Landesteile. Schon seit 1978 sehen prosyrische libanesische Politiker in der *israelischen Besetzung des südlichen Grenzgebiets* das größte Problem des Libanon, und seit Ende 1989 ist „Priorität für die Befreiung des Südens“ offizielle Regierungspolitik. Weder Syrien noch der schwache libanesische Staat haben indessen die Mittel und den Willen zu einer militärischen Konfrontation mit Israel. Stattdessen wurde die von Iran finanzierte radikale Schiitenpartei *Hizbullah* von der allgemeinen Entwaffnung der Milizen (Anfang Mai 1991) ausgenommen, so daß diese weiterhin Widerstandsaktionen gegen Israel und dessen Hilfstruppen führen kann. Israel will jedoch, wenn überhaupt, nur bei einem gleichzeitigen Rückzug der Syrer aus dem *ganzen Libanon* seine „Sicherheitszone“ aufgeben. Mit hin bleibt zumindest der Süden weiterhin Faustpfand und offene Arena im größeren arabisch-israelischen Konflikt, dessen Entschärfung durch die internationale Nahostkonferenz bisher noch nicht in Sicht ist.

Während der planmäßige Abzug der Syrer aus der westlichen Landeshälfte noch ungewiß ist und für einen Abzug aus der Bekaa-Ebene – mehr als die Hälfte der Landesfläche – noch nicht einmal ein vager Zeitplan existiert, sorgt seit Ende März die Ankündigung von *Parlamentswahlen* in diesem Sommer für Aufregung. Eigentlich wären diese überfällig, da die Legitimität des 1972 gewählten und 1991 durch Ernennungen ergänzten Parlaments, das 1989 auch das Taif-Abkommen verabschiedet und den jetzigen Präsidenten, *Elias Hrawi*, gewählt hat, inzwischen gegen Null tendiert. (Die Abgeordneten hatten wegen des Bürgerkriegs immer wieder ihr eigenes Mandat verlängert.) Nachdem alle wichtigen Entscheidungen, die einer größeren demokratischen Legitimation bedurft hätten, in den letzten 18 Monaten noch vom alten Parlament abgesehnet worden sind, liegt allerdings der Verdacht nahe, daß es nun nur noch darum geht, die ersten „freien“ Wahlen unter Aufsicht syrischer Truppen durchführen zu lassen. Viele Kandidaten hätten unter diesen Umständen wohl kaum eine Chance, während umgekehrt von den jetzigen Parlamentariern und sonstigen potentiellen Kandidaten die meisten *nur* unter syrischer Besetzung gewählt werden könnten.

Die Gefahr, daß ein dem jetzigen ähnliches oder noch einseitiger syrienfrommes Parlament der Unabhängigkeit des libanesischen Staatsgebildes den Rest geben könnte, ist unter anderem vom Patriarchen der maronitischen Kirche deutlich ausgesprochen worden. Die mit Rom unierten *Maroniten*, etwas mehr als die Hälfte aller im Libanon lebenden Christen, sind immer noch die am stärksten für einen unabhängigen Libanon engagierte Volksgruppe. Auf ihr Betreiben ist der Staat mit seinen heutigen Gren-

zen 1920 geschaffen worden, bis 1943 als französisches Mandatsgebiet, und sie waren die größten Nutznießer seines im Bürgerkrieg zusammengebrochenen politischen Systems. Andererseits haben sich die Maroniten, die auch den Löwenanteil der christlichen Bürgerkriegsmilizen und deren sämtliche Führer gestellt haben, in einer Serie von Machtkämpfen immer mehr selbst geschwächt, zuletzt in dem katastrophalen „Eliminierungskrieg“ der Soldaten General Aouns gegen die Miliz der *Forces libanaises* im Frühjahr 1990, so daß ihre „letzte Bastion“, das dicht besiedelte Gebiet um Ost-Beirut, am 13. Oktober 1990 in wenigen Stunden vor der syrischen Armee und Luftwaffe kapitulieren mußte. Wenige Tage später ist einer der letzten nicht diskreditierten maronitischen Politiker mit landesweitem Prestige, *Dany Chamoun*, in seiner Wohnung ermordet worden.

Die christliche Geistlichkeit vertritt konziliantere Positionen

Der seit 1986 amtierende maronitische Patriarch, Mgr. *Nasrallah Butrus Sfeir*, hat nach den traumatischen Ereignissen von 1990 versucht, die verwaiste Rolle eines „Sprechers für die Christen“ wahrzunehmen, während sich viele Maroniten (und Libanesen anderer Konfessionsgruppen) bis heute mit General Aoun und seinen Thesen identifizieren, ungeachtet seiner Niederlagen und schweren politischen Fehler. (Aoun durfte erst im August 1991 aus der französischen Botschaft in Beirut nach Frankreich evakuiert werden.) Die christliche Geistlichkeit – außer den Maroniten Vertreter der griechisch-orthodoxen, griechisch-katholischen, armenisch-orthodoxen und weiterer im Libanon lebenden Gemeinschaften orientalischer Christen – hat, von einigen „Falken“ abgesehen, während des gesamten Bürgerkriegs weit *konziliantere Positionen* vertreten als die Milizen und ihre Führer, aber erst in den letzten zwei Jahren konnten sie wirklich aus deren Schatzen heraustreten.

Obwohl die Religiosität der christlichen Bevölkerung im Libanon intensiver als in Europa ist, war das Ansehen der Geistlichkeit in den letzten zwanzig Jahren nicht besonders groß, einmal wegen des materiellen Reichtums der Kirchen, der relativ wenig zur Linderung der Not der Bürgerkriegsopfer eingesetzt wurde, zum anderen wegen ihrer „zu weichen“ politischen Linie. Bei den Maroniten und in geringerem Maße auch bei anderen libanesischen Katholiken (kaum bei Orthodoxen) war nämlich ein Verständnis von „Christentum“ verbreitet, das sich vorwiegend in *Abgrenzung von den Muslimen* definierte, denen man sich kulturell überlegen fühlte. Die Vorstellung, von den Muslimen regiert zu werden, war für die große Mehrheit der Maroniten so unerträglich, daß ihre politischen Führer es bis vor wenigen Jahren nicht schwer hatten, das sie begünstigende konfessionelle Proporzsystem unbeugsam gegen alle muslimischen Forderungen nach seiner Abschaffung zu verteidigen. In den 70er Jahren verschaffte der Eindruck, daß sich die libanesischen Muslime „mit den Fremden gegen das eigene Land verbündeten“ –

zunächst mit Palästinensern und dann mit Syrern – den besagten Politikern massenweisen Zulauf von Freiwilligen für ihre paramilitärischen Verbände „zum Schutz des Staates“, die später als professionelle Milizen ihre Eigendynamik gewannen. Sie betrieben im Bürgerkrieg eine Strategie der „Säuberung“ christlicher Siedlungszentren von muslimischer Bevölkerung, um so sichere Machtbasen zu schaffen und mit einer Teilung des Landes als letztem Mittel gegen die muslimische Mehrheitsherrschaft drohen zu können.

Im Gegensatz zu dieser „isolationistisch“ genannten Haltung haben alle libanesischen Kirchen – wie übrigens auch die muslimischen religiösen Würdenträger – auch während den Höhepunkten der kriegerischen Auseinandersetzung darauf bestanden, daß der Libanon als einzigartiger Ort der *Koexistenz und Begegnung der christlichen und muslimischen Religionsgemeinschaften* unbedingt erhalten bleiben müsse – zugegebenerweise oft zu schüchtern und ohne damit viel Einfluß auf den Lauf der Ereignisse zu nehmen. In den letzten Jahren haben sich aber auch die ehemaligen Hardliner unter den Maroniten – namentlich *Samir Geagea*, seit 1986 Chef der Miliz *Forces libanaises* – unter dem Druck immer neuer durch innerchristliche Machtkämpfe mitverursachter Niederlagen der Position ihrer Kirchenführer sehr weit angenähert, u. a. durch ein klares Bekenntnis zum Abkommen von Taif. Ein Sonderfall war General Aoun, der mit seiner ganz auf das Feindbild der syrischen Besatzung und ihrer Kollaborateure fixierten Kampagne – sogenannter *Befreiungskrieg* von 1989 – auch viele Muslime ansprechen konnte, implizit aber den maronitischen Führungsanspruch im Libanon verkörperte, und sich schon bald in ein keinen Widerspruch duldendes Sendungsbewußtsein verrannt hatte, das schließlich zu seinem Sturz führte.

Droht eine Welle christlicher Auswanderung?

Seitdem hat sich indessen die reale politische Entwicklung im Libanon so weit von dem 1989 in Taif proklamierten Neubeginn durch Versöhnung und allseitiges Entgegenkommen der ehemaligen Bürgerkriegsgegner entfernt, daß sich inzwischen die Kirchen selbst die größten Sorgen um die Zukunft der Christen in Freiheit und Gleichberechtigung machen und dies deutlich zum Ausdruck bringen. Gleiches gilt auch für den Vatikan. *Papst Johannes Paul II.* hat seit seinem Amtsantritt immer ein besonderes Interesse am Schicksal des Landes gehabt und im Juni 1991 die Abhaltung einer dem Libanon gewidmeten Sonderversammlung der Bischofssynode beschlossen, deren Termin noch nicht feststeht. Sosehr der Papst den Weg der Absonderung und der gewaltsamen Verteidigung von Privilegien als unchristlich abgelehnt und eine Rückkehr zu den Wurzeln der Religion durch „vorgelebtes Christentum“ in der muslimischen Umwelt des Nahen Ostens gefordert hat, so blieb doch die Politik des Vatikans immer daran orientiert, eine *möglichst starke christliche Präsenz im Libanon* zu erhalten. Hinsichtlich der Ziele,

wenn auch nicht der Methoden, bestand also seit dem Bürgerkrieg eine große Gemeinsamkeit zwischen dem Vatikan und maronitischen Hardlinern von *Camille Chamoun*, dem 1987 verstorbenen Vorsitzenden der *Libanesischen Front*, bis Michel Aoun.

Wenn die gegenwärtigen negativen Trends sich verstärken, ist erneut mit einer Welle christlicher Auswanderung und einer weiteren Verringerung des politischen Gewichts der Christen im Libanon zu rechnen. Dabei würden die libanesischen Muslime aber kaum Nutznießer sein, sondern in erster Linie das syrische Regime und dessen willige Handlanger aus allen Konfessionsgruppen. Anders als vor fünfzig Jahren wünschen nämlich heute nur noch sehr wenige libanesischen Muslime die Vereinigung ihres Staates mit Syrien, sondern sie empfinden die syrischen Truppen in ähnlicher Weise wie die meisten Christen als *Besatzungsmacht*, was angesichts langjähriger Erfahrungen mit syrischen Übergriffen in allen Landesteilen nicht verwundert. Neuerdings verbindet der Unwillen über die von Syrien aufgezwungene und im Amt gehaltene Regierung immer mehr Libanesen über die Religionsgrenzen hinweg. Ein Zwischenfall am 23. März in Beirut war symptomatisch: Muslimische Mitglieder der libanesischen Gendarmerie lieferten sich eine Schießerei mit syrischen Soldaten, weil diese illegal arbeitenden syrischen Händlern zu Hilfe gekommen waren, die den Verkehr auf einer Hauptstraße blockierten; zurück blieben vier Tote und zwanzig Verletzte. Syrische Arbeitskräfte ohne Lizenz, die in den letzten zwei Jahren zu Zehntausenden nach Beirut gekommen sind, machen dort besonders den Muslimen Konkurrenz. Auch andere negative Folgen der Besatzung für die Wirtschaft treffen Muslime und Christen gleichermaßen.

Der Willen, den Staat Libanon als von Syrien unabhängige politische Einheit aufrechtzuerhalten, existiert sogar bei den meisten Mitgliedern des derzeitigen Kabinetts, aber fast alle verdanken ihren jetzigen politischen Status mehr oder weniger starker Anpassung an die Machtverhältnisse. Im Falle der libanesischen Muslime, die nicht nur in Sunniten, Schiiten und Drusen, sondern auch noch in zahlreiche politische Gruppen aufgespalten sind – z. B. die Schiiten, heute die zahlenstärkste Gemeinschaft, in Säkularisten (*Amal*-Bewegung, linke Parteien) und Fundamentalisten (*Hizbullah*) –, hatten sich bewaffnete Konflikte untereinander in den 80er Jahren so verschärft, daß die politischen Führer selbst wiederholt nach Verstärkung der syrischen Militärpräsenz riefen, um sie im Zaum zu halten. (Ein anderer Grund war die Erkenntnis, ohne die Hilfe Syriens den maronitischen „Isolationismus“ und seine verbliebenen Machtpositionen nicht restlos beseitigen zu können.) Die Syrer selbst haben sich meisterhaft der Klaviatur des *divide et impera* bedient und nach gelegentlichen Rückschlägen – der größte war die israelische Invasion von 1982 mit ihren Folgen, ein weiterer das internationale Echo auf die Kampagne Aouns 1989 – verlorene Positionen mit eiserner Beharrlichkeit wiederaufgebaut.

Eine offene Annexion des Libanon wäre Syrien allerdings unmöglich, allein schon wegen der Übermacht Israels. Sie würde auch von der arabischen und westlichen Welt nicht geduldet werden, auch wenn im Libanon nicht vergleichbare Wirtschafts- und Machtinteressen wie in Kuwait auf dem Spiel stehen. Wohl aber haben Westeuropa, das ja sogar die Eroberungskriege Serbiens „vor der eigenen Haustür“ mit jämmerlicher Hilflosigkeit hingenommen hat, und die USA der syrischen Politik im Libanon meistens sehr viel Freiraum gelassen, solange gewisse Schmerzgrenzen nicht überschritten wurden. Eine löbliche Ausnahme bildet *Frankreich*, das sich immer energisch für Libanons Unabhängigkeit eingesetzt hat, dabei aber von vielen muslimischen Libanesen bezichtigt wurde, seiner Rolle als *Kolonialmacht* nachzutruern und einseitig die Christen zu bevorzugen. Für die USA ist der Libanon dagegen fast nur als Pufferzone und eventuelles Handelsobjekt zwischen Israel und Syrien interessant. Obwohl auch die USA das Tarif-Abkommen unterstützen, ist der Verdacht nicht völlig ausgeräumt, sie würden einer *ständigen Vormundschaft Syriens über den Libanon* als Entschädigung für den Verlust der Golan-Höhen an Israel zustimmen. Damit könnte auch Israel leben, vorausgesetzt der Süden Libanons bleibt in seinem Machtbereich.

Auch bei einer fortbestehenden nominellen Unabhängigkeit des Libanon würde ein bloßes Andauern des jetzigen Zustandes kaum seine politische und wirtschaftliche Wiedererstehung zulassen. Es besteht aber eine gewisse Hoffnung, daß selbst ein unter syrischer Besatzung gewähltes Parlament sich „unabhängiger“ verhalten wird, wenn erst einmal die syrischen Truppen aus Beirut und anderen wichtigen Landesteilen abgezogen sind, und dann auch mehr internationale Unterstützung erhalte, als das jetzt der Fall ist.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau, die Schaffung neuer, einigermaßen repräsentativer politischer Strukturen und vor allem die Überwindung der durch gegenseitige Massaker und Vertreibungen verstärkten Entfremdung der christlichen und muslimischen Volksgruppen voneinander, werden auch im günstigsten Falle noch viele Jahre benötigen. Positiv zu vermerken ist immerhin die Überzeugung der Mehrheit der Bevölkerung, daß *das Kapitel des innerlibanesischen Bürgerkriegs definitiv abgeschlossen* ist, und ihre Bereitschaft, in dem Staat mit seinen bestehenden Grenzen zusammenzuleben, auch wenn die interkonfessionellen Beziehungen sicher auch in Zukunft konfliktreich bleiben werden.

Andreas Rieck

„Einwanderung ist ein langer, stufenweiser Prozeß“

Ein Gespräch mit dem Migrationsforscher Klaus J. Bade zur neuen Einwanderungssituation in Deutschland

Die deutsche Geschichte ist auch eine Geschichte der Aus- und Einwanderung, der Konfrontation und der Integration mit zuwandernden Fremden. Umso unverständlicher ist für die mit dem Problembereich Migration, Integration und Minderheiten befaßten Experten die politische und gesellschaftliche Ratlosigkeit angesichts der neuen Einwanderungssituation, vor der Deutschland seit dem Ende der achtziger Jahre steht. Wir befragten dazu Klaus J. Bade, Professor für Neueste Geschichte und Leiter des Institutes für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Er ist Herausgeber des vielbeachteten Sammelbandes „Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart“. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Bade, weltweit sind massive Wanderungsbewegungen zu beobachten. Gleich, ob diese Bewegungen als Armutswanderung, Asylumigration oder Fluchtbewegung bezeichnet werden, sind sie eine Realität, von der auch – wenngleich in viel geringerem Maß als Afrika und Asien – Europa immer stärker betroffen wird. Mit welchen Auswirkungen der Wanderungsbewegungen ist speziell die Bundesrepublik Deutschland konfrontiert,

welchen Herausforderungen muß sich unsere Gesellschaft hier in Zukunft stellen?

Bade: Das Szenario, mit dem in der Bundesrepublik zu rechnen ist, wird durch die Zuwanderung von Aussiedlern, von Asylsuchenden und anderen Flüchtlingen, durch anhaltenden Zuwanderungsdruck aus Süd-Nord- und aus Ost-West-Richtung bestimmt sein. Zu rechnen ist außerdem mit weiterer Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und mit erhöhter Mobilität innerhalb des europäischen Binnenmarktes, die sich für Deutschland zu einem beträchtlichen Teil, wenngleich nicht nur, als Zuwanderung auswirken dürfte.

HK: Einige Migrationsforscher sprechen angesichts der globalen Wanderungsbewegungen bereits von einer „neuen Völkerwanderung“ und deren Auswirkungen. Handelt es sich dabei um überzogene Panikmache oder um eine realistische Einschätzung für die nächsten Jahre?

Bade: Ob die Nord-Süd-Wanderungen und die Ost-West-Wanderungen, die wir bislang wesentlich als Zuwanderung von Asylsuchenden und von deutschen Aussiedlern aus dem osteuropäischen Raum erleben, Vor-